

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
- Senatskanzlei -
II A 22

Berlin, den 15.11.2018
9026-2286
sascha.krajan@
senatskanzlei.berlin.de

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

1591

über Senatskanzlei – G Sen –

dotBERLIN GmbH & Co. KG

Vorgang: 19. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Dezember 2017
- Drs. 18/0700 (II.B.28 und II.A.4)

Kapitel 0300 – Senatskanzlei –
Titel 11960 – Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain „berlin“

Titel	0300/119 60	Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain „berlin“
Ansätze	für das abgelaufene Haushaltsjahr	719.000 €
	für das laufende Haushaltsjahr	300.000 €
	für das kommende Haushaltsjahr	300.000 €
	Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres	322.224,85 €
	Verfügungsbeschränkungen	keine
	aktuelles Ist *	465.307,73 €

* Stand : 01.11.2018

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat zum Haushaltsplan 2018/2019 am 14. Dezember 2017 (Drs. 18/0700 - II.B.28) - beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, zum 31. Dezember 2018 über die Entwicklung der dotBERLIN GmbH & Co. KG zu berichten.“

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner oben bezeichneten Sitzung ferner Folgendes beschlossen (Drs. 18/0700 (II.A.4):

„Alle vom Senat vorzulegenden Berichte über Auflagen, auch die, die an das Abgeordnetenhaus zu richten sind, müssen auch gegenüber dem Hauptausschuss als Bericht vorgelegt werden.“

Es wird gebeten, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und die Angelegenheit als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

Der Senat versteht den Beschluss als Auftrag, über die Einnahmen und die Wirksamkeit der Vertragsanpassung zwischen dem Land Berlin und der dotBERLIN GmbH & Co KG zu berichten.

Entsprechend des Beschlusses des Abgeordnetenhauses (Drs. 17/2600 – II.B.36) wurden die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens und mögliche Maßnahmen geprüft, eine Vertragsanpassung ausgehandelt und im Ergebnis 2016 die ursprünglich vereinbarte finanzielle Beteiligung des Landes geändert.

Das Abgeordnetenhaus wurde über das Verhandlungsergebnis in der Vorlage an den Hauptausschuss vom 30.05.2016 (rote Nummer 2683 A) informiert und der Vertragsänderung in der Sitzung vom 08.06.2016 durch den Hauptausschuss zugestimmt.

Die finanzielle Beteiligung des Landes wurde auf 22% an den Umsätzen aus den „Regeldomainverkäufen“ festgelegt.

Der Senat geht davon aus, dass durch die Vertragsanpassung und der damit verbundenen Umstellung der finanziellen Beteiligung des Landes von einer pauschalen zu einer umsatzabhängigen Vergütung, der Senat innerhalb seiner Möglichkeiten den ihm zur Verfügung stehenden Handlungsrahmen genutzt hat, um das der Vertragsanpassung zu Grunde liegende Insolvenzrisiko des Unternehmens zu verringern.

Für das Geschäftsjahr 2017 konnte dotBERLIN 2.096.853,34 EUR Umsatz generieren, der für die 22%-ige Beteiligung des Landes relevant war.

Dementsprechend betrug die finanzielle Beteiligung 461.307,73 EUR.

Zum 02.5.2018 wurden allerdings zunächst nur 332.285,25 EUR fällig, da zu dem Zeitpunkt der relevante Domainumsatz nur 1.510.387,49 EUR betrug.

Aufgrund einer Neubewertung der Periodenabgrenzung von Domain-Einnahmen durch das Finanzamt ergab sich nachträglich ein erhöhter Jahresumsatz, auf dessen Basis die 128.022,48 EUR nachträglich an Einnahmen für das Land anfielen.

Die erhöhten Einnahmen sind auf Grund der Änderungen in den Periodenabgrenzungen des Finanzamtes nur als einmalig anzusehen, so dass für das laufende Betriebsjahr wieder geringe Umsätze zu erwarten sind, die sich dann allerdings anhand der tatsächlichen Domainregistrierungen in dem Betriebsjahr ergeben.

Die Anzahl der registrierten .berlin-Domains liegt weiterhin seit Anfang 2016 zwischen 50.000 - 60.000 Domains. Laut Aussage von dotBERLIN zum Geschäftsjahr 2017 liegt die Domain .berlin hinsichtlich der registrierten Internetdomains auf Platz 4 der geographischen Top-Level-Domains. Nur die Domains der sehr viel größeren Metropolen (.nyc, .tokyo, .london) haben hier mehr Domainregistrierungen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
In Vertretung

Christian G a e b l e r
Chef der Senatskanzlei